

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Bekannte-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei in Preußen.

Die preußische Landesversammlung und die Einwohnerwehren.

Berlin, 6. Mai. Die preußische Landesversammlung beschäftigt sich am Donnerstag mit der Frage der Einwohnerwehren. Bei der Abstimmung über die zu dieser Frage gestellten Anträge erfolgte die Ablehnung eines Antrags der Unabhängigen, der eine Auflösung der bestehenden Einwohnerwehren unter Abgabe der Waffen an die kommunalen Behörden, ferner eine Bildung von Arbeiterwehren auf Grund von Listen der Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände und die Entmilitarisierung der Sicherheitspolizei und deren Umförmung zu einer zuverlässigen republikanischen Truppe verlangt. Ein demokratischer Antrag über die Einrichtung eines an die staatliche Sicherheitspolizei und Gendarmerie angelehnten Orts- und Flurschutzes, der „nicht zu parteipolitischen und verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden könne“, und über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei unter Übernahme der bisherigen kommunalen Sicherheitspolizei in den Industriegebieten wurden angenommen. Für diesen Antrag und für einen Zusatzantrag der Deutschnationalen, nach dem die Ortswehren nicht parteipolitisch zusammengesetzt werden dürfen, stimmten die Rechte, das Zentrum und die Demokraten.

Räumung des Ruhrreviers durch die Reichswehr?

Münster, 6. Mai. (Z. U.) Nach einer Zeitungsnachricht will die Reichsregierung sämtliche Reichswehrtruppen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen und die Aufrechterhaltung der Ruhe der Sicherheitspolizei unter dem Kommando des Oberpräsidenten übertragen. Die Sicherheitspolizei soll aus allen Teilen Deutschlands zu diesem Zweck zusammengezogen werden. Sie hat sich jedoch dagegen erklärt, weil sie nur für bestimmte Bezirke aufgestellt ist.

Die Kommunisten unter sich.

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Z. M.) Die kommunistische Arbeiterzeitung veröffentlicht eine lange Erklärung des geschäftsführenden Ausschusses der K. A. P. D., in der es heißt: „Grundsätzlich möchten wir noch betonen, daß die K. A. P. D. jede Art von Nationalbolshewismus ablehnt.“

Demgegenüber erklärt das Berliner Organ der K. A. P. D., die Note Fahne: „Es ist einfach lächerlich, zu erklären, daß die K. A. P. D. jede Art von Nationalbolshewismus ablehnt. Dieser Behauptung stehen folgende Tatsachen gegenüber: Wollheim und Laufenberg, die mehrfach Vorzüge vor Offizieren gehalten haben, sind noch immer Mitglieder der K. A. P. D. Sie haben im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses der K. A. P. D. einen nationalbolshewistischen Mafausauf veröffentlicht.“

Generalstreik in Südslawien.

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Z. M.) In Südslawien ist eine Streikbewegung ausgebrochen, beginnend mit dem Streik der südslawischen Eisenbahner und Schiffer. Die neue reaktionäre Regierung in Belgrad hatte versucht, die ehemaligen Abmachungen der Eisenbahner und Schiffer mit der demokratischen Regierung als unersetzbar abzulehnen. Durch die Ablehnung dieser Forderungen und Abmachungen, die den Eisenbahnern im beschränkten Umfang gestattet, durch ihre Organisation auf das Verkehrsleben des Staates Einfluß auszuüben, wurde der Streik der Eisenbahner und Schiffer hervorgerufen. Die Regierung drohte mit Mobilisierung und requirierte Militär zur Aufrechterhaltung des Verkehrs. Die Arbeiterschaft antwortete mit dem Generalstreik, der sich jedoch in dem agrarischen Lande, in dem es völlig an Geschäften fehlt, nur sehr langsam bemerkbar machen wird. Die Regierung hat nun mit den Arbeitern Verhandlungen eingeleitet und hofft bestimmt, in letzter Stunde noch eine Einigung zu erzielen. Politische Bedeutung ist dem Streik wohl kaum beizumessen. Von revolutionärer Energie ist nichts in Südslawien und auf dem Balkan zu merken. Die Arbeiterführer betonen, daß es sich lediglich um die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft handelt.

Aufgehobene und bestätigte Zeitungsverbote.

Berlin, 7. Mai. (Z. U.) Der aus Mitgliedern des Reichsrates gebildete Ausschuss zur Prüfung von Zeitungsverboten hat die gegen die Großwalder Zeitung, Belgardener Zeitung und die Pommersche Tagespost erlassenen Verbote des Oberpräsidenten in Stettin aufgehoben. Das von dem Bezirkskommando 6 gegen das Ruhr-Echo erlassene Verbot ist von dem Ausschuss bestätigt worden.

Der neue Ausschuss hat also die Verbote über alle bürgerlichen Zeitungen aufgehoben und das Verbot gegen das unabhängige Blatt bestätigt, womit er gleich beim Beginn seiner Tätigkeit recht weit seine „Unparteilichkeit“ beweist.

Ein großer Sieg der Bolschewisten?

Christiania, 6. Mai. Nach einem hier aufgefundenen Funkpruch haben sich die Ueberbleibsel der Armee Denikins und der Kuban-Armee ergeben. Die Rote Armee soll 60 000 Gefangene gemacht haben.

Die Mobilisierungen in Polen.

Oderberg, 6. Mai. (Z. U.) Reisende berichten, daß nicht nur im Posener und Thornener Bezirk Mobilisierungen stattfinden, sondern auch in besonders großem Umfang in Galizien. Die Einberufenen müssen sich innerhalb 48 Stunden stellen.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Die Bewegung scheint nach den neuesten vorliegenden Meldungen keine weitere wesentliche Ausdehnung mehr genommen zu haben. Der Verwaltungsrat der Confédération générale du Travail hat der Regierung einen Meinungsentscheid vorgeschlagen. Nach einer andern Meldung soll er sich sogar bereit erklärt haben, die Bedingungen der Regierung, über die keine näheren Angaben gemacht werden, anzunehmen. Diese anscheinend offiziöse Nachricht ist aber mit der notwendigen Vorsicht aufzunehmen. Offenbar sind auch die Meldungen über das Abklingen des Streiks im Sinne der Regierung glänzend gefärbt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß sich die Regierung so stark fühlt, daß sie vorläufig Verhandlungen mit der Streikleitung rundweg ablehnt. Auch geht die Regierung weiter mit Verhaftungen von Streikführern und Entlassungen von Eisenbahnarbeitern gegen die Bewegung vor. In Unterhandlungen mit den Streikern will sie erst eintreten, wenn die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Abflauen des Streiks?

Paris, 6. Mai. Ueber die Streiklage liegen folgende Havasnachrichten vor. In Bordeaux hat sich die Lage bei den Eisenbahnerstreikern wesentlich „verbessert“. In Valenciennes haben sich die Eisenbahner der Bewegung nicht angeschlossen. Die Bergarbeiter haben beschlossen, die Arbeit fortzusetzen. In Le Havre haben die Metallarbeiter aus Solidarität mit den Eisenbahnern den Streik beschlossen. In Toulon hat eine Anzahl von Arbeitern des Arsenals gestern Abend sich für den Streik erklärt. In Lille haben die Eisenbahner die Wiederaufnahme der Arbeit für heute erklärt.

Einstellung des Kampfes.

Saar, 7. Mai. (Z. U.) Der Eisenbahnerstreik in Frankreich scheint für die Arbeiter völlig verloren zu sein. Der Volkswirtschaftsrat der Confédération générale du Travail hat der Regierung mitgeteilt, daß er zur Annahme ihrer Forderungen bereit ist.

Die Regierung will nicht verhandeln.

Paris, 6. Mai. (Agence Havas.) In amtlichen Kreisen behauptet man, daß die Regierung vor der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit nicht in Unterhandlungen eintreten wird. Nach Havasmeldungen soll die Lage auf allen Eisenbahnen glänzend sein.

Die Verhaftungen werden fortgesetzt.

Paris, 6. Mai. Die Confédération générale du Travail hat die Metall- und Bauarbeiter von Paris und Umgebung aufgefordert, nicht in den Streik zu treten, sondern erst den Befehl der Regierung abzuwarten. Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Man spricht von der Verhaftung des bekannten sozialistischen agitators Verfeil Nach Echo de Paris sind 78 Eisenbahnarbeiter entlassen worden, gegen 10 wurden Strafverfolgungen eingeleitet.

Drohender amerikanisch-japanischer Konflikt.

Paris, 6. Mai. Nach Meldung des Echo de Paris aus Washington wird dort der amerikanische Botschafter in Japan Morris erwartet, um mit Wilson das sibirische Problem zu besprechen. Die Regierung in Washington sei beunruhigt, weil das Verlorene der Japaner, Sibirien nur während einiger Monate zu besetzen, nicht gehalten worden sei und weil sie ihre Kräfte nicht zurückziehen, trotzdem die Tscheko-Slowakische Truppen abberufen seien. Man befürchte, daß durch das Vorgehen der Japaner die amerikanischen Interessen in den japanischen in den Gebieten des Stillen Ozeans in Konflikt geraten würden.

Der neue Krieg gegen Sowjet-Rußland.

W. O. Mit einem Schlage steht Sowjet-Rußland wieder im Zentrum des politischen Interesses. Nicht nur die beteiligten Völker und Staaten, nicht nur Deutschland, ganz Europa, die ganze Welt richtet den Blick wieder auf Rußland, wo der Frühling nun doch gewaltige neue Entschlüsse bringen wird.

Wer politischen Blick genug hatte, um hinter den Tarnschleier der wahren treibenden Kräfte zu erkennen, der mußte sehen, daß die kleinlichen Schlämmen, die kaisermwahnsinnigen Forderungen, mit denen Polen ein Zustandekommen der Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland verhinderte, ihre letzten Beweggründe nicht bei Polen selber haben konnten. Der mußte erkennen, daß das Spiel der Entente noch immer zweideutig und unaufrichtig war. Man ließ Kriwizow nicht nach London, man verhandelte heimlich mit Vertretern der Sowjet-Regierung und leugnete offiziell die Fühlungnahme. Man hintertrieb die lettisch-russischen Friedensverhandlungen, die nunmehr fast als gescheitert gelten können. Die Entente zog und zerrte die politische Situation, offenbar eine Entscheidung stehend und verhängend, im Stillen aber alles für eine neue große Aktion vorbereitend. Es kann kein Zweifel mehr sein, daß die Entente Sowjet-Rußland und die ganze Welt mit dem Scheitern der Friedenshoffnungen irreführt hat, daß sie nun mit dem Frühjahr eine große Offensive gegen die russische Republik beginnt, daß sie die Starbvdler gegen Sowjet-Rußland aufhetzt und sich selbst den Marsch gibt, als sei sie an den ganzen Vorgängen unbeteteiligt.

Die Welt müßte voll politischer Narren sein, wenn sie den wahren Hintergrund der neuen polnisch-ukrainischen Offensive nicht erkennen würde. Man kann der ukrainischen Regierung Bestürzung schließlich angedeihen lassen, daß sie den guten Glauben besitzt, mit dieser Offensive eine nationale Selbständigkeit der Ukraine zu erringen, wie die Direktorialregierung des Herrn Petljura sie sich vorstellt. Aber niemand wird der Welt weismachen wollen, daß die Polen nur um des Besitzes von Ostgalizien willen, das sie seit langem bereits mit Truppen besetzt haben und über dessen endgültiges Schicksal schließlich doch die Entente entscheiden wird, die große Offensive für die Ukrainer durchzuführen. Diese Rechnung, die, wenn sie so klein wäre, unbedingt mit einem gewaltigen Defizit für Polen enden müßte, da ein energischer Offensiv-Gegenstoß der bolschewistischen Truppen selbstverständlich die schwachen und schlecht disziplinierten Kräfte Polens niederwirft, diese Rechnung ist von größeren Rechenklünstlern aufgemacht und enthält noch andre geheime Ziffern und Faktoren, die erst zu gegebener Zeit bekannt werden sollen.

Rein militärisch wäre das Vorgehen der Polen in der Ukraine Wehnsinn. Es muß einen Offensivstoß der Sowjettruppen gegen Polen selber auslösen. Daß die Polen diesem Offensivvorgehen nicht gewachsen wären, ist nach dem Schicksal der weit besser disziplinierten Armeen Judentikhs, Denikins und Kollschals ohne weiteres klar. Wenn sie deshalb sich zu dem neuen Wagnis entschlossen haben, so nur darum, weil sie von der Entente Zusicherungen für ausreichende Unterstützung haben, weil sie wissen, daß ihr Angriff nur der Auftakt zu einer großen neuen allgemeinen Offensive gegen Sowjet-Rußland ist. Die Umrisse dieser Offensive sind heute schon in großen Zügen sichtbar. Seit Wochen ist Berlin erfüllt von den Gerüchten eines neuen großen Unternehmens gegen Sowjet-Rußland, in das auch Ungarn, Rumänien und Serbien mit einbezogen sind. Das offiziöse und noch geheimnisvollere Andeutungen amtlicher deutscher Stellen, hiesiger Entente-Vertretungen und anderer Gesandtschaften bringen täglich neue Vermutungen für diese Vermutung. Die Verletzung des englischen Territoriums in Asien durch den Bolschewismus, die Gefährdung der englischen Herrschaft in Indien, Persien und am Kaukasus durch die siegreichen bolschewistischen Ideen ist zu deutlich erkennbar, als daß irgendjemand ernsthaft daran glauben konnte, daß England zu einer Verständigung mit Sowjet-Rußland bereit sei. In der Tat ist England die treibende Kraft in dem neuen großen Kriege gegen die Sowjet-Republik. Die Polen rechnen auf englische Hilfe und sind überzeugt, daß der englische Einfluß in Ungarn und am Balkan längst groß genug ist, um auch hier neue Streikkräfte zum Kampf gegen den Bolschewismus aus dem Boden stampfen zu können. Aber es ist nicht etwa so, als ob die ganze polnisch-ukrainische Offensive nur ein Gegenstoß gegen das Vorgehen der Sowjet-Truppen im Kaukasus sei, als ob man sich das verlorene Datum Kiew und für Batu Obeffa erobern wolle. Der Sinn der ganzen Aktion ist größer. Man braucht nur an die neuen Offensivbewegungen der Japaner im Osten zu denken, man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, mit welcher Zweideutigkeit die lettisch-russischen Friedensverhandlungen geführt worden sind, um zu er-